

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.,  
vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Stettiner 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arndt, Max  
Germann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies,  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg a. Frank-  
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

### Deutschland.

**△ Berlin, 30. Dezember.** Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß in der Steuerpolitik der Regierung in ein neues Fahrwasser eingeleitet ist, dem bereits gestern der Kaiser seine Zustimmung erteilt hat. Dar- nach sind die Wein- und Tabaksteuern, Vorlagen vollständig aufgegeben, ebenso wird die Reichsteuereinkommen nicht in dem geplanten Umfang zur Vorlage gelangen. Voll umfänglich erhalten wird nur die Börsensteuer, und außerdem verspricht man sich von einer Erbschaftsteuer eine größere Einnahme, sobald damit die Kosten der Militärvorlage gedeckt werden könnten.

— Ueber die geplanten Wintermanöver des Gardekorps meldet ein Berichterstatter, daß die Manöver nur bei wirklichem Winterwetter, strengem Frost und Schnee, stattfinden werden. Im gegebenen Augenblick ergeht an sämtliche Truppen der Garde der Befehl zum schleunigen Abmarsch. Als Übungsgebiet sind außer dem Gelände zwischen Spandau und Potsdam auch die Havelseen in Aussicht genommen. Alle Anordnungen werden erst in letzter Stunde bekannt gegeben. Der Zeitpunkt der Uebung ist gänzlich unbestimmt.

— Die Nationalbank für Deutschland macht jetzt offiziell bekannt, daß die griechische Regierung keine Mittel für den am 1. Januar 1894 fälligen Kupon der 5proz. griechischen Anleihen von 1881 bis 1884, sowie der 4proz. Woponanleihe von 1887 überwiesen hat, ebenso wenig, wie für die Einlösung gezeigter Obligationen. Der Dienst der Anleihen kann daher bis auf Weiteres nicht durchgeführt werden. Die Bank erklärt bei dieser Gelegenheit, daß ihre bei der griechischen Regierung gemachten Vorstellungen erfolglos geblieben sind, daß sie aber nach wie vor bemüht bleibt, die Rechte der Anleihebesitzer der vorübergehenden Regierung gegenüber zu wahren.

— Wie der „Post. Ztg.“ aus Glatz dringt gemeldet wird, sind für die Verwahrung der beiden kaiserlichen wegen Spionage verurteilten französischen Offiziere auf höheren Befehl besondere Vorkehrungen getroffen worden. Jeglicher Verkehr mit der Außenwelt ist verboten, die Wache verstärkt. Bei der täglichen zweistündigen freien Zeit, die zum Spazierengehen, auf dem Festungshofe verwendet wird, wird eine besondere Wache gestellt. Sonst ist der Befehl gegeben, alle Rücksicht zu nehmen.

— Die Versuche, die deutschen Lehrervereine nach den Konfessionen zu spalten, sind ausnehmend energigaltig gescheitert. Der „Deutsche Lehrerverein“ hat im Laufe des verfloffenen Jahres seine Mitgliederzahl von 53 023 auf 55 132 erhöht. Neu eingetreten sind: die Landesvereine für Braunschweig und Meiningen, in anderen Staaten ist das patriotische Lehrervereinswesen einheitlich organisiert worden, so in Hamburg und Alsted. Der preussische Landeslehrerverein, das mächtigste Glied des Gesamtvereins, hat zwar in einzelnen Provinzen eine unerhebliche Mitgliederzahl eingebüßt, in anderen Theilen des Staates diesen Verlust aber reichlich eingebracht, so daß der Verein mit 41 081 Mitgliedern gegen 40 508 im Dezember 1892 ins neue Jahr hinübertritt.

— Dem Reichstage ist der Bericht der 7. Kommission über den ihr zur Vorberatung übergebenen Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Venerierung des Gesetzes über den Unterrichtswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs zugegangen. Nach den Beschüssen der Kommission soll § 29 des Gesetzes über den Unterrichtswohnsitz vom 6. Juni 1870 folgende Fassung erhalten:

„Wenn Personen, welche gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen, oder deren ihren Unterrichtswohnsitz theilende Angehörige, oder wenn Lehrende am Dienst- oder Arbeitsort erkrankten, so hat der Dienst- oder Arbeitsort eine Verpflichtung, den Erkrankten die erforderliche Kur und Verpflegung zu gewähren. Ein Anspruch auf Erstattung der entfallenden Kur- und Verpflegungskosten bezw. auf Uebernahme des Heilbedürfnisses gegen einen anderen Armenverband erwächst in diesen Fällen nur, wenn die Krankenpflege länger als 13 Wochen fortgesetzt wurde und nur für den über diese Frist hinausgehenden Zeitraum. Dem zur Unterstützung an sich verpflichteten Armenverband muß spätestens 7 Tage vor Ablauf des dreizehnwöchentlichen Zeitraums Nachricht von der Erkrankung gegeben werden, widrigenfalls die Erstattung der Kosten erst von dem, sieben Tage nach dem Eingange der Nachricht beginnenden Zeitraume an gefordert werden kann. Die Bestimmungen der Absätze 2 und 3 finden keine Anwendung, wenn das Dienst- oder Arbeitsverhältnis, durch welches der Aufenthalt am Dienst- oder Arbeitsort bedingt wurde, nach seiner Natur oder im Voraus durch Vertrag auf einen Zeitraum von einer Woche oder weniger beschränkt ist.“

Als Zeitpunkt für das Inkrafttreten des Gesetzes schlägt die Kommission den 1. April 1894 vor.

— In der heiß umfrittenen Frage des Religionsunterrichts der Disfidenten hat sich nun endlich einmal wieder ein preussischer Gerichtshof geäußert, welcher einen von der bekannten Entscheidung des Kammergerichts und dem Erlaß des früheren Kultusministers von Jellitz abweichenden Standpunkt einnimmt. Dieses prinzipiell wichtige Urtheil hat das Landgericht in Halle a. S. gefällt. Dem Urtheil liegt folgender Tatbestand zu Grunde:

„Der Angeklagte Karl Brandt war durch Urtheil des Schöffengerichts wegen mehrfacher Schulverhinderung seiner beiden Kinder zu Geld- oder Haftstrafen verurtheilt worden. Gegen dieses Urtheil legte er Berufung ein. Durch das Erkenntnis der Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht in Halle a. S. ist folgender Sachverhalt erwiesen: Angeklagter ist mit seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Fischer, aus der evangelischen Landeskirche ausgeschieden. Seine beiden nicht getauften Kinder Luise und Karl besuchten die evangelische Volksschule in Halle. Auf eine vom Angeklagten an den Magistrat zu Halle a. S. gerichtete Eingabe war seine Tochter Luise Brandt von der Theilnahme an dem evangelischen Religionsunterrichte entbunden worden. Für seinen Sohn Karl hat der Angeklagte eine glückliche Verbindung bei dem Magistrat nicht nachgefordert; er hat sich damit begnügt, dem Schuldirektor die Anzeige zu machen, daß er auch seinen Sohn nicht in die Religionsstunde schicken werde. Der Schuldirektor hat die Nichtteilnahme zunächst stillschweigend gebilligt. Im Sommer 1892 wurde der Dispens für Luise Brandt von dem Magistrat zurückgezogen und nunmehr wurde der Angeklagte aufgefordert, seine beiden Kinder der Volksschule theilnehmen zu lassen. Dieser Aufforderung folgte der Angeklagte nicht; es wurden daher auf eine Anzeige hin die erwähnten Strafen verhängt. Das Berufungsgericht war der Ansicht, daß schulspflichtige Kinder zur Theilnahme an dem Religionsunterricht in einer Konfession, welcher sie bezw. ihre Eltern nicht angehören, nicht angehalten werden dürfen. Der Erlaß des Kultusministers v. Jellitz, wonach für Disfidenten Kinder, die dem Religionsunterricht in der Volksschule nicht betheiligen, ein ausreichender Ersatz für diesen Unterricht nachzuweisen ist, enthalte eine unzulässige Beschränkung der durch § 11, 12 des allgemeinen Landrechts gesetzlich begründeten Rechte in Hinsicht der Disfidenten und sei somit — da Gehege im Verwaltungswege nicht aufgehoben werden können — rechtswidrig. — Hier- nach habe nicht thatächlich festgestellt werden können: daß der Angeklagte Brandt zu Halle a. S. dadurch, daß er seine Kinder Luise und Karl Brandt an dem evangelischen Religionsunterricht der Volksschule nicht theilnehmen ließ, dieselben den Schulunterricht habe verweigern lassen. — Der Angeklagte wurde also freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.“

Es muß abgewartet werden, ob das Kammergericht, vor welches die Sache in der Revisionsinstanz wohl noch kommen wird, die Entscheidung des Landgerichts Halle a. S. aufheben oder seine eigene frühere vielfach angefochtene und juristisch kaum haltbare Entscheidung abändern wird.

— Aus München und von katholischer Seite kommt die Enthüllung, daß die vielbesprochene Vermählung der Prinzessin Elisabeth überhaupt nicht stattgefunden hat! Die Eineinzigung kirchlicher Angelegenheiten führte zu dieser Veröffentlichung. Der hiesigen „Germania“ schreibt man soeben aus München, S. d.:

„Durch die Wälder geht folgende Nachricht: „Herr Baron Seifried, der Gemahl der Prinzessin Elisabeth, wird demnächst vom Protestantismus zur katholischen Kirche übergetreten, und sollen dieferhalb mit dem Erzbischof von München bereits Unterhandlungen gepflogen werden. Der Uebertritt zum Katholizismus war eine der Bedingungen für die Genehmigung der Vermählung.“ Wir wollen endlich dem Herumtratsen eine Ende machen und konstatieren, daß bisher weder eine Genehmigung der Vermählung noch eine Trauung stattgefunden hat. Prinzessin Elisabeth wollte den Vicarant, in den sich zu verlieben sie Gelegenheit gehabt hatte, heirathen, was von den Eltern, dem Prinzen Leopold und der Prinzessin Gisela (Tochter des Kaisers von Oesterreich) abgelehnt wurde. Um die Prinzessin zu beruhigen, unter- nahm das Elternpaar mit ihr eine Reise nach Südtirol. Es ist daher ganz richtig und war keine Mystifikation, wenn J. Z. ein Journalist die Abreise nach Südtirol meldete. Erst in Tirol beginnt nun die Bewirkung. Soviel wir hören, verweilend in Bozen Prinzessin Elisabeth persönlich. Die besorgten Eltern erhielten erst später von Genf aus von der Prinzessin, die sich heimlich entfernt hatte, Mittheilung, daß sie sich daselbst bei dem Vicarant Baron Seifried befände, der ebenfalls ohne Erlaubnis von seinem Regiment in Weg sich entfernt hatte. Alles, was über die Vorgänge in Genoa, über die im Beisein der Eltern angeblich erfolgte Trauung durch den dortigen Erzbischof erzählt wurde, ist un- wahr, erfunden. Prinz Leopold und seine Gemahlin fuhren sofort nach Wien zur Verathung mit ihrem Vater und Schwiegervater, dem Kaiser von Oesterreich, darauf nach München, um den Prinz-Regenten, den Großvater der Prinzessin, zu verhandeln. Das Uebrige gehört nicht vor das Forum der Deffentlichkeit. Es liegt der Fall vor, daß eine Prinzessin die Heirat mit einem nicht Ebenbürtigen den Eltern abtrotzen will, und daß dieser Ungehorsam tiefe Betrübniß in unser Reichthum gebracht hat. Soviel wir hören, werden jetzt Schritte gethan, um die Trauung zu vollziehen.“

„Unser woblunterrichteter Korrespondent macht uns“, so bemerkt die „Germania“, „noch weitere Mittheilungen über die Angelegenheit, welche die letztere als eine tief bedauerliche, für die theilnehmenden Kreise höchst unangenehme erscheinen lassen, die sich aber für die Deffentlichkeit absolut nicht eignen.“

Die Form dieser überraschenden und mit so großer Bestimmtheit auftretenden Aufklärungen läßt — ihre volle Nichtigkeit vorausgesetzt — allenfalls noch etwas Raum für die Vermuthung, daß zwar die vielerwähnte kirchliche Trauung nicht stattfand, daß indeß eine Zivltrauung vorgenommen sein kann. Eine deutlicher erleuchtete thatsächliche Sithe hat diese Vermuthung in der obigen Darstellung freilich nicht und ihr etwaiges Zutreffen würde der neuesten Wendung der Sache kaum viel von ihrer Bedeutung nehmen. Ergänzungen und weitere Aufklärungen werden ja noch folgen müssen — mit besonders entschiedenem Zweifel wird man den hier wiederergebenen Darlegungen aber kaum begegnen können. Die „Germania“ ist kein Sensationsblatt, gerade in diesem Falle kann sie es kaum an der gebotenen Vorsicht haben fehlen lassen.

**Berlin, 30. Dezember.** In einem Artikel des „Militär-Wochenblatts“ über die Veränderungen im deutschen Heere während des Jahres 1893 heißt es:

„Die bedeutende Verfürgung der Dienstzeit bei allen Fußtruppen ist zur Aufgabe geworden und ohne Störung vollzogen. Unser Heer hat in dieser schwierigen Uebergangszeit wiederum seine Anpassungsfähigkeit an alles Neue und seine Leistungsfähigkeit auf der Bahn zeitgemäßen Fortschrittes bewiesen. Zwar ist der Infanterie augenblicklich die Gestalt der 4. (Halb-) Bataillone noch ungewohnt, und es wird noch einige Zeit erfordern, bis dieser neue Verband in den Rahmen des geschlossenen Regimentsgefüges ganz eingepaßt ist. Um so dankbarer aber hat die Truppe den hohen Stand der Kompagnien bei den drei ersten Bataillonen des Regiments angenommen und sie sieht ein, daß die Ausbildung mit zwei starken Jahrgängen von fast 70 Mann unter weiterer Entlastung durch das 4. Bataillon eine glücklichere und fruchtbarere geworden ist. Seine Hauptprobe wird das 4. Bataillon erst in den Sommermonaten zu bestehen haben, wenn es die Mannschaften des Penlandstufens in sich aufnehmen, dadurch zu einem wirklichen Bataillon anwachsen und als solches verwendet werden wird.“

Seine hochwichtige Bestimmung im Mobilmachungsfall ist außerdem von solcher Bedeutung, daß alle Einwendungen gegen die ungewohnte Friedensorganisation verstummen müssen. — Von besonderer Wichtigkeit ist ferner die Aufnahme je einer Uebung auf 300, 400, 500 und 600 M. in das Programm jeder der drei Schießklassen, so daß nunmehr die Ausbildung aller Mannschaften auf diesen „Gefechtsentfernungen“, auf denen der entscheidende Feuerkampf in Zukunft geführt werden muß, statthaben wird. Diese Einrichtung sowie die Vermehrung der Patronen für das geschäftsmäßige Schießen von 45 auf 50 Stück auf den Kopf sind ein erfreuliches Zeichen, daß die Schießausbildung richtig auf dem bisherigen Wege zum Kriegsmäßigen vorwärts geht und hierin abermals einen neuen Schritt gethan hat. — Von großer Wichtigkeit für die kriegsmäßige Ausbildung sind die großen Uebungsplätze geworden, die jetzt bereits einigen Armeekorps zur Verfügung stehen und sich sowohl für das geschäftsmäßige Schießen wie für die Gefechtsübungen in größerem Verbaude auszeichnet. Die Infanterie mit tragbaren Zelten hat sich bei den Herbstübungen der letzten Jahre immer von Neuem bewährt und ist als ein großer Vortheil gegen früher zu rühmen. Ueber hat dadurch der Soldat wieder etwas mehr beschützt werden müssen, und diese Frage der Bekleidung des einzelnen Mannes muß als die noch ungelöste und brennendste für die nächste Zukunft bezeichnet werden. Sicherem Vernehmen nach ist man mit der Lösung dieser Frage an maßgebender Stelle eifrig beschäftigt. Es ist auch nicht abzuleugnen: die gegenwärtige Bekleidung des Mannes, dessen Mindestmaß nunmehr 1,54 Meter beträgt, ist zu bescheiden; Abhilfe ist dringend notwendig. Im Kopfbedeckung, Tornisterinhalt, eisernen Portionen und Patronen — an Allem muß eine Gewichtsbeschränkung durchgeführt werden. Die erste Forderung ist, die Truppen vollständig auf das Schlachtfeld zu bringen, und dafür bietet die heutige Bekleidung bei dem im Augenblick der Mobilmachung keine Gewähr. Hoffen wir, daß das neue Jahr Besserung hierin bringt.

Die deutsche Kavallerie hat keine organisatorischen Veränderungen durchgemacht, aber es war ihr wieder Gelegenheit gegeben, in Nor- wie in Süddeutschland im Divisionsverbande zu üben und selbst in Divisionen gegen einander aufzutreten. Als sehr anregend gelten innerhalb der Waffe die bei Salzweil abgehaltenen großen Uebungen. Das Jahr 1893 brachte der Kavallerie den Entwurf zu einem neuen Reglement, der nunmehr seine Probe in einer Ausbildungsperiode bestanden hat. Zwei formelle Neuerungen derselben sind noch heute viel umfritten: der doppelseitige Aufmarsch und die Marschkolonne zu Vieren. Der erstere Evolution im dichten Staub und im Gewirr großer Reiterbewegungen stets anstandslos auszuführen ist und die Möglichkeit von Unglücksfällen nicht die erhofften Vortheile aufweist, mag dahingestellt bleiben, desgleichen, ob die Marschkolonne zu Vieren sich praktisch bewährt, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß die Waffenbewegungen der letzten Jahre unbedeutend ein Verdrängen der bisherigen allzu schmalen Marschkolonnen fordern, selbst auf Kosten der Bequemlichkeit der Truppen.

Die Feldartillerie hat, wie bei jeder der letzten Heeresverpflichtungen, auch diesmal eine bedeutende Vermehrung ihrer Kadres erfahren. Ihr Uebergang in die Kriegsfornation ist erheblich erleichtert, nach dieser Richtung dürfte die Artillerie jetzt günstig gestellt sein. Als normal aber kann man die Friedensorganisation noch nicht bezeichnen, die Regimentsverbände sind übermäßig angewachsen und sind in ihrem Stande von 11 bis 12, sogar 14 Bataillonen ein einheitlich zu leitender Körper mehr. Die Waffe drängt auf die so lange angeforderte Unterstellung der Feldartillerie unter die Divisionskommandos und entsprechende Eintheilung der Brigaden und Regimenter.

Die Festungsanlagen und die Eisenbahntuppen haben am 1. Oktober bedeutende Verstärkung erfahren, wie dies bei dem steigenden Bedürfnis an technischen Truppen längst notwendig geworden war. Eine große Festungsübung mußte im Jahre 1893 unterbleiben; es ist dringend zu wünschen, daß diese wichtigen Uebungen, die auch der Infanterie Gelegenheit geben, am Festungs- krieg sich zu betheiligen, im neuen Jahre auf dem Beschäftigungsprogramme erscheinen. Ebenso wäre es wünschenswerth, auch die Truppenheile der Fußartillerie, wo immer möglich, in Verbindung mit den anderen Waffen treten und gemeinsam mit diesen üben zu lassen, damit Taktik und Technik Hand in Hand gehen und gegenseitig Nutzen von einander haben.

Die großen Verhältnisse haben im letzten Jahre durch ihre etwas freiere operative Veranlagung besonderen Reiz und vielseitige Belehrung geboten. Ueberall sehen wir ein reges Streben und Arbeiten, nirgends Stillstand oder Ansdruhen.“

**Kattowitz, 29. Dezember.** Bei dem am 23. d. M. erfolgten Einsturz des Förderschachts der Karls-Grube ist ein Verlust an Menschenleben nicht zu beklagen. Der Materialschaden ist nicht unerheblich. Im Einzelnen ist derselbe noch nicht festgestellt. In wenigen Tagen wird die Kohlenförderung aus dem neu fertig gestellten Förderschachte wieder aufgenommen werden.

**Kiel, 29. Dezember.** Der Kaiser nahm heute Nachmittag 4 Uhr mit dem Prinzen Heinrich das Diner an Bord des Panzerschiffes „Bade“ ein.

**Hamburg, 29. Dezember.** Laut polizeilicher Verfügung muß wegen Auftretens der Maul- und Klauenseuche bis auf Weiteres alles an den Markt kommende Vieh im Zentral-Schlachthofe geschlachtet werden. Der Verkauf nach auswärts ist untersagt.

### Oesterreich-Ungarn.

**Wien, 29. Dezember.** Dem heutigen Diner beim Kaiser wohnten bei Erzherzog Albrecht, Vizekönig Prinz Reuß nebst dem Vorkaufspersonal, General-Dr. Fr. v. Vos mit den Mitgliedern der militärischen Deputation, Kriegsminister von Krieghammer, die Feldzeugmeister Fr. v. Schönfeld und Fr. v. Bed, der Admiral Fr. v. Stenard, sowie die obersten Hofschergen, die Generaladjutanten und die Jägeradjutanten.

**Wien, 28. Dezember.** Unter dem Eindruck des politischen Wortes, der am 23. d. M. in der

Brüdergasse in Prag an einem Mitgliede der sogenannten „Umladina“ bezogen wurde, trat heute der böhmische Landtag zusammen, und sofort brachten die Junggehehen den Antrag ein, die Regierung möge den vom Parlamente gebilligten Ausnahmezustand für Prag und Umgebung aufheben. Der Zeitpunkt für diese Aufforderung an die Regierung ist gewiß schlecht gewählt; alle Welt ist darüber einig, daß die wüste Agitation der Junggehehen jene unerträglichen Zustände geschaffen hat, unter denen der politische Fanatismus die traurigsten Orgien in Böhmen feiert. Heute sind zwar die junggehehischen Führer bemüht, jede Schuld an den Ereignissen in den Straßen Prags von sich abzuwälzen; sie sind entrüstet über die Stimmen, welche ihnen die moralische Verantwortung für die Umtriebe zuschreiben, die zu der blutigen That der letzten Tage geführt haben. Aber die Beweise dafür, daß die Herren Grez und Herold nichts unterlassen haben, um die bösesten Instinkte in den unteren Schichten des böhmischen Volkes aufzuwühlen, liegen aller Welt vor, und ihre nachträgliche Entrüstung kann an diesen Thatfachen nichts ändern. Die Regierung kann unter diesen Umständen kaum daran denken, den Ausnahmezustand aufzuheben, ehe die Gerichte über die politischen Demonstrationen und Gesetzes-erlächer abgeurtheilt haben und begründete Ansichten vorhanden ist, daß die durch die Agitation erregte Stimmung im Volke ruhiger Erwägung gewichen und die Achtung vor den Behörden und ihren Verfügungen wieder hergestellt ist. Die Geschehnisse tragen sich mit der Absicht, auf dem immensen Boden des Landtags neuerlich wider die Regierung zu schüren. Sie wollen das Land nicht zur Ruhe kommen lassen, weil sie sonst fürchten müßten, den Einfluß auf die Massen zu verlieren. Die Regierung ist entschlossen, jeden Anlaß zu politischem Streite im Landtag aus dem Wege zu räumen. Sie wird keinerlei Vorlage politischen Inhalts dem Landtage unterbreiten, sie ist beabsichtigt, dahin zu wirken, daß nur Fragen des wirtschaftlichen Gebietes zur Verhandlung zugelassen werden, sie will ihrerseits keinen Anlaß bieten, daß im Landtage die alten Streitfragen wieder erörtert werden. Man erwartet, daß die im Parlamente geschaffene Koalition ihren Einfluß auch auf die Parteistellung im böhmischen Landtag üben wird. Der feudale Großgrundbesitz hat durch den Prinzen Karl Schwarzenberg den Junggehehen bereits die Freundschaft gekündigt, und es ist anzunehmen, daß er die Wünsche der Regierung auf mögliche Verhinderung politischer Stände unterstützen wird. Unter diesen Umständen kann von der Fortsetzung der Debatten über Ausgleichsfragen nicht die Rede sein. Die Deutschen in Böhmen haben sich mit dieser Thatfache bereits abgefunden. Sie vertrauen darauf, daß das Koalitionsministerium nichts bilden wird, was eine offene Schädigung des nationalen Bewusstseins der Deutschen bedeuten könnte, und sie werden in diesem Falle gewiß der Regierung keine Verlegenheit bereiten. Trotzdem ist zu befürchten, daß die Landesvertretung stürmische Debatten auslösen wird. Von den 242 Abgeordneten, welche der böhmische Landtag zählt, gehört bereits schon fast ein Viertel der junggehehischen Partei an. Die im Zuge befindlichen Erfragungen verlaufen noch immer die Reihen dieser Partei, und man fürchtet, daß die Vertreter der Mäßigenden, dem Terrorismus der Junggehehen weichen, ihre Mandate für den Landtag niederlegen werden, um bei einer Wiederwahl selbst in das junggehehische Lager überzugehen. Es liegt daher in der Hand des Großgrundbesitzes, im Vereine mit den deutschen Vertretern eine Majorität herzustellen, mit deren Hilfe es möglich wäre, die Verhandlungen des böhmischen Landtages in ein ruhiges Fahrwasser zu bringen. Es ist eben keine geringe Aufgabe, in Böhmen die Ruhe wieder herzustellen, nachdem die Aera Taaffe so lange die geistlichen Aspirationen unterstützt und gefördert hat, zum Schaden des Gesamtreiches. Als Graf Taaffe die Reputate seiner Politik in Böhmen durch den Ausnahmezustand wieder einschränken sich gezwungen sah, brach sein System zusammen, und die neue Regierung ist nun in der traurigen Lage, diese Erbschaft übernehmen zu müssen. Es wird großer politischer Klugheit, aber auch der ganzen Autorität der Regierung bedürfen, um in diese verfahrenen Verhältnisse einigermaßen wieder Ordnung zu bringen und Gesetz und Recht uneingeschränkt wieder walten zu lassen.

**Schweiz.**

**Bern, 27. Dezember.** Der Geschäftsgang unseres Parlamentes hat so viele Unzulänglichkeiten an sich (Verzögerung in den beiden Hauptsprachen u. A. m.) und dem Bund werden so viele neue Aufgaben gestellt, daß man mit den bisherigen zwei Sessionen (zu je drei Wochen) der Bundesversammlung, im Sommer und im Winter, nicht mehr auskommt und eine außerordentliche im Frühjahr abhalten muß. Das thut zusammen 8 bis 9 Wochen Parlamentsdauer. Die knapp vor Weihnachten geschlossene Session hatte nicht weniger dem 23. Gesetze vor sich, von denen nicht die Hälfte erledigt werden konnte; die eidgehörigen Räte werden daher im März wieder zusammentreten. Neben der Neubestellung des Bundesrats auf drei Jahre, die übrigens sehr glatt verlief, auf sechs bisherige Mitglieder bestätigt wurden und die Wahl des siebenten, zum Ersatz für den verstorbenen Herrn Kuchmeyer, ohne ernstliche Anfechtung im ersten Wahlgang zu Stande kam (Herr Kästli, der das Departement der Justiz und Polizei übernimmt), und neben der Budgetberatung sind es vier Vorlagen, welche den größten Theil der Arbeitszeit in Anspruch nehmen, zwei militärischen Charakters, die Organisation des Verteidigungsdienstes für die Volkswacht und des Landsturmes, sodann das Bundesgesetz über die Förderung der Landwirtschaft durch den Bund und eine Verfassungsänderung beaufs. Uebertragung des Gesetzesgebungsrechtes im Gebiet des Gewerbetreibens auf den Bund.

**Franreich.**

In Frankreich dauert die anarchische Bewegung fort. Derselben Pariser Organe, die unlängst noch bei Gelegenheit der Abfindung der Böllensammler an den deutschen Kaiser und den Reichstag bestritten hatten, daß in Orleans überhaupt Anarchisten existierten, veröffentlichten nunmehr Telegramme aus derselben Stadt, nach denen in der Nacht zum 27. Dezember neue anarchische Ausbreitungen stattgefunden haben. Die Straßen in der Nähe des großen Krankenhauses wurden von Anarchisten durchgezogen, die den Ruf vernahmen ließen: Vive l'anarchie!

Vive Moulins! Moulins ist einer der beiden jüngst verhafteten Anarchisten. Die Anarchisten vertrieben dann Gaslaternen und rissen die Schutzvorrichtungen der Bäume in der Rue de la Porte-Napoleon aus, um damit die Fensterhebel der benachbarten Häuser zu zertrümmern. Aus Le Havre werden entsetzte Anarchisten telegraphisch gemeldet, die in der Mehrzahl der Kirchen während der Mitternachtsmesse zu Weihnachtsstatten. Banden durchzogen die Kirchen St. Michel, St. Vincent de Paul, St. Nicolas de l'Eure und andere, indem sie die Fensterhebel zerbrachen und einen Höllelärm verübten. In den Zeitungskiosken von Le Havre wurden anarchische Broschüren verkauft, so daß die Polizei deren Verkauf inhibiren mußte. So wird aus St. Etienne telegraphisch gemeldet, daß ein Polizeibeamter, der betrunken gewesen sein soll, öffentlich den Anarchismus vertheidigte und erklärte, daß die Baillons notwendig wären, um die „Pöblisten in die Luft zu sprengen“. Der Polizeibeamter ist zwar sofort abberufen worden; immerhin sind solche Vorgänge charakteristisch für französische Zustände.

**Paris, 29. Dezember.** Die Antwort der spanischen Regierung hinsichtlich des Handelsvertrages ist heute nicht eingetroffen; man erwartet, daß dieselbe morgen eintreffen wird.

**Angoulême, 29. Dezember.** Der italienische Arbeiter Guglielmi sagt aus, daß am 16. August Italiener in einer Gastwirtschaft gewesen seien, in welche ein vorbeigehender Franzose einen Stein geworfen habe. Daraus seien die Italiener auf die Straße gestürzt und Italiener und Franzosen hätten sich nun gegenseitig mit Steinen geworfen. Die in der Uebermacht befindlichen Italiener hätten die Franzosen in die Flucht geschlagen. Mehrere andere italienische Zeugen befanden gleichfalls, daß die Franzosen den Angriff eröffnet hätten. Das Zeugenerhör wird ohne Zwischenfall beendet.

**Angoulême, 29. Dezember.** Nach Schluß des Zeugenerhörs nimmt der Staatsanwalt das Wort und führt aus, daß die Italiener die Unruhen hervorgerufen haben. Die Rastlosigkeit der Behörden sei bewundernswürdig gewesen. Der Staatsanwalt fügt hinzu, der angeklagte Italiener Giordano sei der Hauptthäter, er fordere eine strenge Verurteilung für diesen sowie für 5 andere Angeklagte. 9 Angeklagten billigt der Staatsanwalt mitbedernde Umstände zu.

**Miois, 29. Dezember.** Ein Hülfslehrer in Komobantun wurde unter dem Verdachte, einer Vereinigung von Anarchisten in Orleans anzugehören, verhaftet.

### Italien.

**Rom, 29. Dezember.** Der „Agenzia Stefani“ wird aus Rio de Janeiro gemeldet, die Vertreter der fremden Mächte hätten dem Admiral Salablan, Befehlshaber der Infanterieschiffe, auf seine Forderung, ihn als kriegsführende Partei zu behandeln, keine Antwort erteilt. Auf die Drohung Salablan, die Stadt zu bombardieren, sei ihm von den Kommandanten der fremden Kriegsschiffe bedeutet worden, die Beschießung sei eine äußerste Maßregel und nicht gerechtfertigt; jedenfalls habe er die Absicht, das Bombardement zu eröffnen, zwei Tage vor der Ausföhrung bekannt zu geben.

**Rom, 29. Dezember.** Der preussische Gesandte beim Vatikan, v. Bülow, brachte heute dem Papste Glückwünsche zum Jahreswechsel dar. Der Papst empfing heute den Bischof Zerr von Tiraspol (Rußland).

### Serbien.

**Belgrad, 29. Dezember.** Ein heftiger Wahlkampf fand heute um den Belgrad der Büraermeisterei statt zwischen dem Regierungskandidaten Marinkowitsch und dem Kandidaten des radikalen Zentralausschusses Tauschanowitsch. Derselbe war erst spät Abends beendet mit dem Siege Marinkowitsch, welcher 1291 Stimmen erhielt, während Tauschanowitsch bloß 883 Stimmen erlangte.

### Bulgaria.

**Sofia, 29. Dezember.** Die „Sobranje“ genehmigte heute einhellig den Gesetzesentwurf betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes für die Zivilbeamten, sowie den Kredit von 1½ Millionen Lei für den Ankauf von Schnellfeuerkanonen und begann sodann die Verathung des Ausgabenbudgets.

### Stettiner Nachrichten.

\* **Stettin, 30. Dezember.** Gestern Abend fand im großen Saale des Konzerthauses wiederum ein Bürger- und Arbeiter-Mittagessen statt, die einen äußerst zahlreichen Besuch gefunden hatte. Herr Debelecher R. Graßmann eröffnete die Versammlung kurz nach 8 Uhr und theilte zunächst mit, daß bereits 241 Personen verschiedener Berufs- und Lebensstellung Mitgliedslisten auf Wunsch erhalten hätten. Dehns Bildung eines Bürger-Komitees betraute die Versammlung Herrn Graßmann durch einstimmige Wahl mit Einleitung der erforderlichen Schritte. Auf den ersten Gegenstand der Tagesordnung, Protest gegen die am 21. d. Mts. von den Stadtbewohnern vollzogene Wiederwahl des Herrn Dr. Kroft a zum Stadtschulrath von Stettin für die Jahre 1894 bis 1903, übergehend, brückte Redner sein Ersinnen darüber aus, daß dieses Resultat nach den zahlreichen unüberlegt gebliebenen Beschuldigungen überhaupt zu Stande kommen konnte. Redner habe gleich darauf in größeren Eingaben an den Unterrichtsminister sowie den Ministerpräsidenten die Beschwerden gegen den seitherigen Stadtschulrath dargelegt, in denen um Aufhebung der Versetzung, bezw. nicht Gewährung derselben gebeten werde. Die angeführten Beschuldigungen vertrete er persönlich, für die angeführten Bitten dagegen ersuche er um recht zahlreiche Unterschriften. Herr Graßmann ging hierauf an der Hand der vorliegenden Eingaben auf die darin enthaltenen Beschwerden, die bereits bei Gelegenheit der vorigen Bürgerversammlung zur Sprache kamen, nochmals näher ein. In der Diskussion äußerte sich nur ein Redner, doch waren dessen Ausführungen nicht wesentlich und fanden die selben von Herrn Redner anerkennende Würdigung. Nach kurzer Pause ergriff Herr Graßmann abermals das Wort, um den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, das Verhältnis des Herrn Dr. A. M. u. g. zur städtischen Sparkasse und Hypothekendarlehen und die Erhöhung des Zinsfußes, näher zu erörtern. Redner hob tadelnd



Paris, 29. Dezember, Nachm. Getreide -